Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3892

28. 02. 96

Antrag

der Abgeordneten Cem Özdemir, Kerstin Müller (Köln), Volker Beck (Köln), Dr. Uschi Eid, Rezzo Schlauch, Dr. Angelika Köster-Loßack, Gerald Häfner, Amke Dietert-Scheuer, Rita Grießhaber, Christa Nickels, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Andrea Fischer (Berlin) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Stimmungsmache gegen Aussiedler zulassen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag weist Bestrebungen zurück, die darauf abzielen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit einer Zuzugssperre für Spätaussiedler zu lösen. Solche Aussagen sind unseriös und gefährden den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland.

Bonn, den 27. Februar 1996

Cem Özdemir
Kerstin Müller (Köln)
Volker Beck (Köln)
Dr. Uschi Eid
Rezzo Schlauch
Dr. Angelika Köster-Loßack
Gerald Häfner
Amke Dietert-Scheuer
Rita Grießhaber
Christa Nickels
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Andrea Fischer (Berlin)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die jüngsten Äußerungen der SPD-Politiker Spöri und Lafontaine, die aufgrund aktueller sozialer Probleme und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine massive Begrenzung des Zuzugs von Spätaussiedlern fordern, haben für Unruhe und Aufregung gesorgt. Beratungsinstitutionen der Caritas berichten von einer dramatischen Verschlechterung des Klimas gegenüber Spätaussiedlern sowie von einer Vielzahl von Schmähanrufen bei Beratungsstellen, die durch diese Äußerungen ausgelöst wurden. Es besteht die

Gefahr, daß Spätaussiedler auf diese Weise zu Sündenböcken für soziale und ökonomische Fehlentwicklungen in diesem Land werden. Eine solche Strategie gefährdet massiv den sozialen Frieden. Sie birgt die Gefahr in sich, daß sich Entwicklungen wiederholen, wie sie gegenüber Asylbewerbern stattgefunden haben, die bis zu pogromartigen Ausschreitungen eskalierten.

Es wird nicht verkannt, daß die Zuwanderung nach Deutschland gesteuert werden muß. Dies sollte durch ein humanes Einwanderungsgesetz geschehen, das nach einer Übergangszeit die Zuwanderung nicht mehr von anachronistischen Kriterien wie der Blutzugehörigkeit abhängig macht, sondern einheitliche Kriterien wie Not, erweiterte Familienzusammenführung und auch entwicklungspolitische und ökonomische Notwendigkeiten formuliert. Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1992, dem auch die Fraktion der SPD zugestimmt hat, und das Bundesvertriebenengesetz stehen dabei mittelfristig zur Disposition. Darüber hinaus muß endlich eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts verabschiedet werden.

Die Vorzüge einer solchen Regelung wären Transparenz und Verläßlichkeit sowohl für die Antragstellenden als auch solide Planungsgrundlagen in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber muß in einem ruhigen und sachlichen Klima verhandelt werden, zu denen die genannten Äußerungen jedoch in keiner Weise beitragen. Sie verunsichern Menschen und vereinfachen auf Kosten der betroffenen Minderheiten vor Ort in unzulässiger Weise komplexe Zusammenhänge, auf die mit umfassenden politischen Reformkonzepten und nicht mit populistischen Schnellschüssen reagiert werden muß.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333